

Beschlussvorlage

Fachbereich:	FB Büro Landrat	Datum:	28.02.2023
Berichterstattung:	Flach, Dennis; Nehring, Marita	AZ:	Büro Landrat Mobilität
		Vorlage Nr.:	073/2023

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
ÖPNV-Beirat	14.03.2023	öffentlich - Entscheidung

„Coburg Stadt & Land-Ticket,, - Vorbereitung möglicher Nachfolgelösungen für das 9 Euro Ticket in Stadt und Landkreis Coburg; Antrag an den Stadtrat vom 12.09.2022 und Antrag an den Kreistag vom 12.09.2022

Sachverhalt

Die SPD-Fraktionen von Stadt und Landkreis Coburg haben gleichlautende Anträge an den Kreistag bzw. den Stadtrat zu Coburg gestellt. Dabei wird eine Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket aus dem Sommer 2022 gefordert. Diese Thematik ist durch die bundesweiten Entwicklungen zum Deutschlandticket, auf das sich Bund und Länder geeignet haben, inzwischen überholt. Weitere lokale bzw. regionale Lösungen stehen im Zusammenhang mit einem möglichen Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg. Tarifangebote außerhalb des VGN-Sortiments sind dabei zu hinterfragen und nur begrenzt möglich. Bei einem VGN-Beitritt kommt auch das 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler zum Tragen. Außerdem plant der Freistaat die Einführung eines 29-Euro-Tickets für Studierende und Auszubildende spätestens zum nächsten Schuljahr.

Der Antrag an den Stadtrat zu Coburg sieht auch die Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten zwischen den Angeboten von Stadt und Landkreis Coburg vor. Dieses erfolgt in der laufenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans, muss aber auch die Anforderungen des jeweiligen Aufgabenträgers und die Belange des Wettbewerbsrechts der bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträge berücksichtigen. In die Prüfung wird die Anbindung des neuen Klinikstandortes auf dem ehemaligen BGS-Gelände einbezogen. Daraus können sich beispielweise neue Verknüpfungen im Regionalverkehr ergeben, mit denen es zu einer Taktverdichtung im Stadtbusverkehr kommt, wenn z. B. einzelne Regionalbuslinien auch den Theaterplatz anfahren. Für die Aufgaben, die über die Fortschreibung des Nahverkehrsplans hinausgeht, liegt ein ergänzendes Angebot vom Gutachter in Höhe von 12.450 Euro netto vor. Die Mittel sind in den laufenden Haushalten veranschlagt.

Ressourcen

Die vorgeschlagene Maßnahme ist eine freiwillige Leistung des Landkreises.

Bei Annahme dieses Beschlusses und dessen Umsetzung werden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 6.225 € benötigt.

Die Mittel für das aktuelle Haushaltsjahr (2023) in Höhe von 6.225 € sind im Haushaltsplan unter der Haushaltsstelle 0.8200.6556 veranschlagt.

Weitere Mittel sind für die nächsten Jahre nicht vorgesehen.

Es ist keine Förderung zu erwarten.

Beschlussvorschlag

Die laufende Fortschreibung des Nahverkehrsplans wird explizit um die Aufgabenstellung „Optimierungsmöglichkeiten zur Angebotsharmonisierung zwischen Stadt und Landkreis“ ergänzt. Dabei sind die Belange des Neubaus der Klinikums Coburg in der Netzplanung ausdrücklich zu berücksichtigen. Dazu wird das Zusatzangebot von Mathias Schmechtig Nahverkehrsconsult vom 13.01.2023 angenommen. Die Kosten werden hälftig von Stadt und Landkreis getragen.

In Finanzangelegenheiten
an FB Z3
mit der Bitte um Mitzeichnung.

In Finanz- und Personalangelegenheiten
an GBL Z
mit der Bitte um Mitzeichnung

An Büro Landrat
mit der Bitte um Mitzeichnung.
- immer erforderlich -

Abdruck
GB 3, David Filberich
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

WV am Sitzungstag beim zuständigen Sitzungsdienst.

Zum Akt/Vorgang

Flach

Landratsamt Coburg

Sebastian Straubel
Landrat